

Lehrplan Politik

Gymnasium
Gesamtschule
Klassenstufe 11
'92

Saarland



Ministerium für
Bildung und Sport

Georg-Eckert-Institut BS78



1 173 156 7

Schule machen im Saarland

Lehrplan
Politik

Gymnasium
Gesamtschule
Klassenstufe 11
'92

Saarland
Ministerium für
Bildung und Sport

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
-Schulbuchbibliothek-

94/ 2198

Herausgeber: Saarland
Ministerium für Bildung und Sport
Postfach 10 10 · Hohenzollernstraße 60 · 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 5 03-01 · Telefax (06 81) 5 03-227
Saarbrücken 1992

Herstellung: Krüger Druck + Verlag GmbH
Marktstraße 1 · 6638 Dillingen/Saar
Telefon (0 68 31) 9 75-0

Z-V SL

S-26(1992)

11

Inhalt

Vorbemerkung 2

Unterrichtseinheit 1

Der politische Prozeß in der Bundesrepublik Deutschland 9

Unterrichtseinheit 2

Sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland 23

Unterrichtseinheit 3

Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland 36

Vorbemerkung

Der Lehrplan Politik für die Klassenstufe 11 an Gymnasien und Gesamtschulen erfüllt eine Gelenkfunktion: Er verbindet die Sekundarstufe I mit der Sekundarstufe II des Gymnasiums und der Gesamtschule; er soll Schülerinnen und Schüler auf die Arbeit im Kurssystem der Jahrgangsstufen 12 und 13 vorbereiten.

In der Sekundarstufe I soll der Sozialkundeunterricht bzw. der gesellschaftswissenschaftliche Unterricht Schülerinnen und Schüler an politische Fragen heranzuführen, Interesse für sozialkundliche Inhalte wecken, gesellschaftliche, rechtliche, wirtschaftliche und politische Grundzusammenhänge aufzeigen und verständlich machen und das Leben politischer Großgruppen (Gemeinde, Land, Bund) und die Arbeit in politischen Institutionen (z.B. im Bundestag) vorstellen; darüber hinaus wird im Bereich der internationalen Beziehungen der Frage nachgegangen, ob und wie Frieden zwischen Staaten möglich ist.

In der Klassenstufe 11 gelten die Leit- und Richtziele fort, die dem Lehrplan Sozialkunde 8 vorangestellt wurden. Die Schwerpunkte der Arbeit der Lerngruppen liegen nun bei den methodenbezogenen Lernzielen; denn bei aller Bedeutung wichtiger Grundbegriffe und Lerninhalte vermag nur das ständige Einüben methodenbezogener Lernziele den Schülerinnen und Schülern zu helfen, selbständig politische Problem- und Konfliktfelder aufzuschlüsseln und zu eigenen begründeten Urteilen zu gelangen. Diese Lernziele sollen in den Unterrichtseinheiten "Der politische Prozeß in der Bundesrepublik Deutschland", "Sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland" und "Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland" exemplarisch erarbeitet werden.

Die Unterrichtseinheiten im Lehrplan Politik für die Klassenstufe 11 bedeuten für die Schülerinnen und Schüler, die in den Jahrgangsstufen 12 und 13 das Fach Politik nicht belegen, einen Abschluß der in der Sekundarstufe I behandelten Lerninhalte und der mit ihnen verbundenen inhaltlichen und methodischen Kenntnisse und Fähigkeiten. Die drei Politikfelder "Politisches System", "Sozialer Wandel", und "Internationale Beziehungen" werden in Klasse 11 unter Berücksichtigung ihrer Wissenschaftsorientierung und gleichzeitiger Schülerorientierung problematisiert. Die Schülerinnen und Schüler erfahren diese Politikfelder in ihrer Offenheit als Gegenstand politischer Diskussionen.

Zugleich bietet der vorliegende Lehrplan bereits einen Ausblick auf die Kurshalbjahre 12/1 bis 13/2: Der "Politische Prozeß" wird in 13/1 in "Politische Systeme", der "Soziale Wandel" wird in 12/2 in "Politische Theorien", die "Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland" in 12/1 in "Internationale Beziehungen" weitergeführt, vertieft und problematisiert.

Der Bereich "Wirtschaft" ist im Lehrplan Politik für die Klassenstufe 11 kein isoliertes Thema. Der außenwirtschaftliche Bereich wird als ein wesentlicher Aspekt in die Thematik "Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland" eingebunden.

Der wirtschaftliche Bereich wird ebenso in den folgenden Kurshalbjahren 12/1 - 13/1 in allen Unterrichtseinheiten thematisiert; diese Zurordnung entspricht dem Verständnis von Politik, daß wirtschaftliche Fragen in alle Politikfelder hineinwirken.

Der Lehrplan Politik für die Klassenstufe 11 ist so konzipiert, daß der auf ihm aufbauende Unterricht insbesondere folgende didaktische Prinzipien berücksichtigt:

- Handlungsorientierung:

Schülerinnen und Schüler wirken als aktive Teilnehmer im Unterricht mit, indem sie Fragestellungen vorbereiten, Materialien bereitstellen und sich an der Organisation von Lernprozessen beteiligen.

- Schülerorientierung:

Der Unterricht berücksichtigt in Lernzielen, Lerninhalten und in der Organisation des Lernens den Alltag, die Erfahrung und die Interessen von Schülerinnen und Schülern.

- Exemplarität:

Die Schülerinnen und Schüler sollen erfahren, daß jeder Unterricht auf einer Auswahl beruht, und daß anhand dieser Auswahl allgemeine Erkenntnisse exemplarisch erarbeitet werden können.

- Problemorientierung:

Die Unterrichtsthemen sollen von den Schülerinnen und Schülern als Gegenstand nicht gelöster politischer Probleme erfahren werden und damit zur Findung und Formulierung eigener Standpunkte beitragen.

In der Sekundarstufe II wird der fachgerechte Umgang mit den Methoden und Arbeitstechniken gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen bei der Behandlung der Themen "Probleme internationaler Beziehungen", "Politische Theorien" und "Politische Systeme" weiterhin Vorrang haben.

Kooperationshinweise

Bei der Umsetzung des Lehrplans Politik für die Klassenstufe 11 bieten sich einige Möglichkeiten für eine fächerübergreifende Kooperation, insbesondere mit dem Fach Geschichte.

Sinnvoll ist es, die Kooperation bereits zu Beginn eines Schuljahres abzusprechen und zu planen, da im Lehrplan für das Fach Geschichte die ersten drei Unterrichtseinheiten durch alternative Modelle ersetzt werden können (vgl. Vorläufiger Lehrplan Geschichte Gymnasium/Gesamtschule, Klassenstufe 11, 1988).

Im einzelnen sind zwischen Geschichte und Politik folgende Kooperationsmöglichkeiten gegeben:

- Grundelemente der politischen Ordnung, Partizipationsmöglichkeiten
Geschichte: Die attische Demokratie
Politik: Der politische Prozeß
- Soziale Gliederung; Privilegien und Rechte
Geschichte: Die Stadt des Mittelalters
Politik: Sozialer Wandel
- Politik und Staat
Geschichte: Humanismus und Renaissance; Französische Revolution
Politik: Sozialer Ausgleich als gesellschaftliches Problem, Menschen- und Bürgerrechte
- Repräsentation und Parteien
Geschichte: Französische Revolution: Menschen- und Bürgerrechte, Nationalversammlung, Entstehung der Parteien
Politik: Der politische Prozeß - Systemkritik

Die Thematik "Massenmedien" bietet Ansätze zu einer Zusammenarbeit mit dem Fach Deutsch; hierbei kann auch der soziale Charakter der Sprache einbezogen werden.

Lehrbücher

Franz J. Behet u.a., Sozialwissenschaftliche Aspekte, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1986

Ludwig Helbig u.a., Politik im Aufriß. Sekundarstufe II, Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a.M. 1987

Bernhard Sutor (Hg.), Politik, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1987

Jochen Kühnert u.a., Dimensionen der Politik, Band I und II, Hirschgraben Verlag, Frankfurt a.M. 1984/85

Themenhefte

Zu Unterrichtseinheit 1:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Informationen zur politischen Bildung:

- Interessenverbände und Interessengruppen, Nr. 217/1987
- Massenmedien 1 und 2, Nr. 208 und 209/1985
- Parteiendemokratie, Nr. 207/1985

Anton Egner/Günther Misenta, Bürger im demokratischen Staat, Schroedel Schulbuchverlag, Hannover 1987

Manfred Handwerker/Gerhard Kappel/Karl-Josef Schneider, Der politische Prozeß, Buchners Verlag, Bamberg 1986

Horst Hoffrichter, Neue soziale Bewegungen, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1985

Hans Leisch, Der politische Prozeß, Bayerischer Schulbuch-Verlag, München 1982

Wochenschau Verlag (Hg.), Schwalbach:

- Parteien SII, Nr. 2/1985
- Politik machen SI, Nr. 6/1984
- Soziale Selbsthilfe SII, Nr. 1/1987 (z.B. auch für UE II verwendbar)
- Massenmedien SI, Nr. 6/1989
- Medien - Vierte Gewalt SII, Nr. 3/1990

Zu Unterrichtseinheit 2:

Konrad Böttcher, Moderne Industriegesellschaft und sozialer Wandel, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1988

Hans Martin Busch/Hartmut Wiehr, Sozialstruktur und soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Bayerischer Schulbuchverlag, München 1989

Karl-Ernst Edinger, Sozialstruktur, soziale Ungleichheit, soziale Schichtung, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1987

Anton Egner/Günther Misenta, Strukturen und Probleme der Industriegesellschaft, Schroedel Schulbuchverlag, Hannover 1984

Raimund Emde, Stundenblätter Soziale Ungleichheit, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1985

Horst Friedrichsmeier, Soziale Ungleichheit, Cornelsen Verlag Schwann-Girardet, Düsseldorf 1987

Walter Gagel u.a., Soziale Differenzierung - soziale Ungleichheit, Ernst Klett Schulbuchverlag, Stuttgart 1990

Gerhard Kappl, Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland, Buchners Verlag, Bamberg 1988

Politik betrifft uns: Armut im Wohlstand, Bergmoser+Höllner Verlag, Aachen 1/1987

Politik 11

Wochenschau Verlag (Hg.), Schwalbach:

- Alternatives Leben SII, Nr. 2/1981
- Randgruppen SI, Nr. 1/1983
- Soziale Sicherheit SI, Nr. 2/1983
- Sozialpolitik SII, Nr. 1/1988
- Sozialstaat SI, Nr. 6/1983
- Wohnen SI, Nr. 5/1983

Zu Unterrichtseinheit 3:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Informationen zur politischen Bildung:

- Internationale Wirtschaftsbeziehungen Nr. 183/1988
- Europäische Gemeinschaft, Nr. 213/1990

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.), Politik und Unterricht: Europa. Nr. 2/1989

Politik betrifft uns: Auf- und Abwertungen steuern Währung und Wirtschaft, Bergmoser+Höllner Verlag Aachen 3/1987

Wochenschau Verlag (Hg.), Schwalbach:

1992: EG-Binnenmarkt. Chancen und Risiken, Sonderheft SII 1991

Methodenbezogene Lernziele

1. Fachlich relevante Materialien kennen
z.B. Bericht, Kommentar, Interview, Rede, Gesetzestext, Programm, Schaubild, Diagramm, Zahlenstatistik, Karikatur, politisches Lied, Plakat, wissenschaftliche Darstellung
2. Die Technik der Beschaffung, der Sammlung und des Belegs von Informationen kennen und anwenden
z.B. Benutzen verschiedener Formen von Informationsquellen (Lexika, Handbücher, Filme/Videos) und der Fundorte für Informationsquellen (Buchhandlung, Bibliothek, Presseämter), Anlage einer Kartei, Anlage eines Literaturverzeichnisses, korrektes Zitieren

3. Typische Arbeitstechniken der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen anwenden und ihre Aussagekraft überprüfen
z.B. Auswerten entsprechender Materialien (gliedern, zusammenfassen, Inhalte angeben, vergleichen, deuten, Fragen formulieren), angeleitetes Anwenden von Arbeitsmethoden (Interviewtechnik, Inhaltsanalyse, Beobachtung, Untersuchung)
4. Kategorien zur Erschließung von politischen Ausgangslagen, von Problem- und Konfliktfeldern und zur Beurteilung von Zielvorstellungen und Maßnahmen anwenden und überprüfen
z.B. Macht, Interesse, Recht, Herrschaft, Ideologie, Verhältnismäßigkeit, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, Menschenwürde
5. Fachspezifische Darstellungen anfertigen
z.B. Thesenpapier, Referat, Fragebogen, Collage, Plakat, Ausstellung
6. Verschiedene Kommunikationsformen verwenden
z.B. Vortrag, Sachgespräch, Interview, freie Rede, Streitgespräch (Diskussion, Debatte)
7. Lernspiele planen, durchführen und auswerten
z.B. Stegreifspiel, Rollenspiel, Planspiel, Pro- und Contra-Debatte

Unterrichtseinheit 1

Der politische Prozeß in der Bundesrepublik Deutschland

Zeitvorschlag

14 Stunden

Großlernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- erkennen, daß die Gesellschaft aus heterogenen Gruppen besteht, die unterschiedliche, oft einander widerstrebende Interessen haben,
- erkennen, daß die Interessenauseinandersetzung und das Ringen um Einfluß auf der Grundlage von Spielregeln erfolgen,
- erkennen, daß die aus unterschiedlichen Interessen resultierenden Konflikte nicht immer lösbar, oft nur für eine bestimmte Zeit regelbar sind,
- das Zusammenwirken der am politischen Prozeß Beteiligten erkennen und beurteilen können,
- das politische System selbst als Gegenstand der politischen Diskussion erkennen,
- Möglichkeiten kennen, wie sie sich aktiv für ihre Interessen einsetzen können.

Thema 1: Interessen und Konflikte in der pluralistischen Gesellschaft

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- exemplarisch einen gesellschaftlichen Interessenkonflikt analysieren und nachweisen können, daß es zu einem Problem unterschiedliche Ansichten geben kann, die zu Konflikten führen,
- an Beispielen die Organisation von Interessen in der Gesellschaft kennenlernen und dadurch wesentliche Prinzipien des politischen Prozesses erkennen.

Lerninhalte

Analyse eines Konfliktes unter den Aspekten

- beteiligte Personen oder Gruppen und deren Positionen
- Gegenstand des Konfliktes
- Interessen/Ziele
- Mittel und Formen der Konfliktaustragung

Beispiele für organisierte Interessen

- Parteien
- Verbände
- Bürgerinitiativen
- Massenmedien

Prinzipien des politischen Prozesses, insbesondere

- Pluralismus
- Koalitionsfreiheit
- Konkurrenzprinzip
- Minderheitenschutz

Didaktisch-methodische Hinweise

Der Einstieg in die Unterrichtseinheit ist über verschiedene methodische Ansätze möglich:

- problemorientiert: Die Schülerinnen und Schüler können exemplarisch an einem politischen Konflikt unterschiedliche Interessen und ihre Organisationsformen erarbeiten und kennenlernen.
- Brainstorming: Die Schülerinnen und Schüler können Interessen und ihre Organisationsformen sammeln und ordnen und ihre Kenntnisse an einem Fall exemplarisch überprüfen.

Dabei können sie konstitutive Elemente des politischen Prozesses in der pluralistischen Gesellschaft kennenlernen, ohne daß diese bereits in der Einstiegsphase systematisiert oder problematisiert werden sollen.

Der Intention des Lehrplans entspricht es, wenn die Beispiele für Konfliktfälle so gewählt werden, daß sie in allen Themen der Unterrichtseinheit behandelt werden können. Es bietet sich auch an, die Beispiele so zu wählen, daß man in Unterrichtseinheit 2 daran anknüpfen kann.

Hinweise zur Analyse von Konflikten finden sich z.B. bei Hermann Giesecke, Didaktik der politischen Bildung, München 1982.

Thema 2: Massenmedien im politischen Prozeß

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- die Arten der Massenmedien und ihre politischen Funktionen kennen,
- an einem Beispiel erarbeiten, wie Massenmedien in politisch-gesellschaftliche Interessenauseinandersetzungen eingreifen, und dabei ihre Funktionsfähigkeit unter einem ausgewählten Aspekt beurteilen können.

Lerninhalte

Arten

- elektronische Medien
- Printmedien

Funktionen der Massenmedien

- Vermittler und Filter der Realität (Information, Artikulation)
- Mitwirkung an der Meinungsbildung
- Kritik und Kontrolle

Mögliche Aspekte zur Beurteilung der Funktionsfähigkeit von Massenmedien

- Pressekonzentration
- Problem der Ausgewogenheit bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
- Redaktionsstatute bei den privaten Medien
- "Selbstzensur" des Journalisten
- Massenmedien als Instrument des Politikers

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Schülerinnen und Schüler können Nachrichten und Kommentare verschiedener Massenmedien zu einem Thema vergleichen. Gespräche mit Experten bieten sich ebenfalls an.

Bei der Behandlung von Funktionen der Massenmedien sollten die Grundbedingungen, denen die Massenmedien unterliegen, berücksichtigt werden (z.B. Eigentumsverhältnisse bei privaten Medien, Einfluß von Parteien bei den öffentlich-rechtlichen Medien, Abhängigkeit der Medien als Werbeträger).

Thema 3: Verbände im politischen Prozeß

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- wissen, wie Verbände organisiert sind und welche gesellschaftlichen Interessen sie vertreten,
- erkennen, wie im demokratischen Staat die Verbände Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen,
- wichtige Funktionen der Verbände in der pluralistischen Gesellschaft kennen,
- die Macht von Verbandsinteressen und die Chancen ihrer Durchsetzung beurteilen können.

Lerninhalte

Organisation von Interessen in Verbänden

- Arten von Verbänden und ihre Interessen
- Verbandsstrukturen
- Problem der innerverbandlichen Demokratie

Einfluß der Verbände auf politische Entscheidungen

- Adressaten des Verbandseinflusses (z.B. Parlament, Bürokratie, Öffentlichkeit, Parteien)
- Methoden und Mittel (z.B. Mitarbeit in Fraktionen, Hearings, Anzeigen, Aktionen)

Wichtige Funktionen von Verbänden

- Artikulation, Integration, Aggregation und Selektion von Interessen
- Wahrnehmung von Interessen gegenüber Dritten
- Dienstleistungen für Mitglieder (z.B. Information, Schulung, Rechtsschutz, soziale Dienste)
- Dienstleistungen am System (z.B. Erstellen von Gutachten)

Aspekte zu Macht und Erfolgchancen von Verbandsinteressen

- Faktoren der Macht (z.B. Geld, Organisationsgrad, Konfliktfähigkeit, Konfliktbereitschaft, Zugang zu Einflußadressaten, rechtliche Privilegierungen)
- Organisations- und Konfliktunfähigkeit zahlreicher Interessen
- Machtungleichgewicht zwischen den organisierten Interessen

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Funktionen von Verbänden sollten je nach aktuellen Bedingungen an einem Problemthema erarbeitet werden (z.B. Tarifaueinandersetzungen, Umweltschutzdiskussionen und die an den Auseinandersetzungen beteiligten Interessengruppen). Dabei sollte die Öffentlichkeitsarbeit der Verbände und das Bereitstellen von Informationen und Sachwissen für Mitglieder, Parteien, Legislative und Exekutive durch die Verbände behandelt werden (Art. 9 GG).

Die Schülerinnen und Schüler können sich an Verbände wenden, um so unmittelbar die Wirkung von Interessengruppen zu erkunden.

Hilfreich ist auch der Einstieg über die persönliche Situation der Schülerinnen und Schüler, indem ihre eigene Verbandszugehörigkeit thematisiert wird.

Thema 4: Parteien im politischen Prozeß

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- exemplarisch unterschiedliche Positionen von Parteien darstellen können,
- Aufgaben und Funktionen der Parteien im politischen Prozeß kennen,
- die Willensbildung in den Parteien und die Interessenartikulation durch Parteien nach außen kennen und beurteilen können.

Lerninhalte

Unterschiedliche Positionen von Parteien, z.B.

- Vergleich von Parteiprogrammen (Auszüge)
- unterschiedliche Standpunkte zu ausgewählten Problemen (z.B. Umwelt)

Aufgaben und Funktionen der Parteien

- Mitwirkung am politischen Willensbildungsprozeß
- Erstellung politischer Programme
- Beteiligung an Wahlen
- personelles Angebot für politische Ämter
- Integration/Bündelung von Gruppen- und Verbandsinteressen
- Integration des Bürgers in die politische Gesellschaft

Willensbildung und Interessenartikulation

- z.B. Forderungen des Art. 21,1 GG und der §§ 7 - 10 des Parteiengesetzes
- Diskussionsforen der Parteien (z.B. Parteitage, Kommissionen)

Gesichtspunkte zur Kritik

- Demokratiedefizit
- Verselbständigung der Parteielite
- Parteienverdrossenheit
- Parteiendistanz der Jugend

Didaktisch-methodische Hinweise

Die politischen Unterschiede zwischen den Parteien können an einem geeigneten aktuellen Thema, zu dem Parteien verschiedene Auffassungen und Lösungsansätze vertreten, erarbeitet werden.

Die Aufgaben und Funktionen der Parteien können anhand des Parteiengesetzes (§§ 1-5) erarbeitet und je einem konkreten Beispiel veranschaulicht werden.

Thema 5: Systemkritik

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- am Beispiel einer möglichen Grundgesetzänderung die Diskrepanz zwischen Forderungen und deren Realisierungsmöglichkeiten im Rahmen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland erkennen und beurteilen können,
- wesentliche Aspekte der Parlamentarismuskritik erkennen und erläutern können.

Lerninhalte

Beispiele möglicher Grundgesetzänderungen bzw. Verfassungsinhalte

- Asylrecht
- Umweltschutz als Staatsziel
- plebiszitäre Elemente

Aspekte des Gegensatzes zwischen Forderung und Realisierung von Verfassungsänderungen

- Ordnungsanspruch des Staates vs. Individualrechte
- Grenzen des Mehrheitsprinzips, Grenzen des Minderheitenschutzes
- Bedeutung der formalen Demokratie
- plebiszitäre oder partizipatorische Demokratie vs. repräsentative Demokratie

Aspekte der Parlamentarismuskritik, z.B.

- Kompetenzverlust des Parlaments
- Parlament als Notar der Regierungspolitik
- "Parteiinteressen statt Staatswohl" (rechte Parlamentarismuskritik)
- "scheindemokratischer Machtmechanismus" (linke Parlamentarismuskritik)

Didaktisch-methodische Hinweise

Im Rahmen dieses Themas empfiehlt es sich, an einem aktuellen Beispiel auf Diskussionen einer Grundgesetzänderung, Grundgesetz-erweiterung oder neuen Verfassung einzugehen. Da auch in diesem Bereich Interessen von Verbänden und Parteien eingebracht werden, eignet sich dieses Thema zur umfassenden Beurteilung des politischen Systems. Die Schülerinnen und Schüler sollten längerfristig Materialien aus Zeitungen und anderen Veröffentlichungen sammeln.

Im Rahmen der Realisierungsmöglichkeiten von Grundgesetzänderungen oder -erweiterungen sollte neben den formal-rechtlichen Aspekten auch berücksichtigt werden, ob in der Gesellschaft der Wille zur Umsetzung der Änderungen besteht.

Aus der Kritik am bestehenden politischen System und aus den als fehlend empfundenen Partizipationsmöglichkeiten außerhalb von Parteien und Verbänden lassen sich die neuen sozialen Bewegungen verstehen.

Thema 6: Neue soziale Bewegungen

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Beispiele für neue soziale Bewegungen und deren Ziele angeben können,
- Entstehungsbedingungen für neue soziale Bewegungen kennen,
- den Einfluß neuer sozialer Bewegungen auf Willensbildung und Entscheidungsprozesse erkennen und beurteilen können.

Lerninhalte

Beispiele für neue soziale Bewegungen

- Bürgerinitiativen
- Friedensbewegung
- Frauenbewegung
- Selbsthilfegruppen

Entstehungsbedingungen, z.B.

- themenspezifische Betroffenheit einzelner Personen und Gruppen
- gemeinsame Bedürfnisse, die bisher nicht erfüllt wurden
- Einflußnahme auf Formen und Bedingungen im Zusammenleben der Menschen
- weitere Partizipationsmöglichkeiten außerhalb der Parteien
- Parteienverdrossenheit, Parteiversagen
- Wandel im Demokratieverständnis

Einflußmöglichkeiten

- Einfluß auf die Parteien (Programm und Aktivitäten)
- Mobilisierung der Öffentlichkeit
- Einfluß auf Entscheidungsträger durch außerparlamentarische Aktivitäten

Didaktisch-methodische Hinweise

Aktuelle Beispiele, möglichst aus dem Lebensumfeld der einzelnen Schülerinnen und Schüler, bieten Ansatzpunkte zur Behandlung des Themas.

Als Beispiel für außerparlamentarische Aktivitäten können Proteste, Selbsthilfe und öffentlich wirksame Aktionen behandelt werden. Dabei sollte aber zum Ausdruck kommen, daß neue soziale Bewegungen sich aus der Kritik an bisherigen politischen Entscheidungswegen und Entscheidungsträgern ergeben können.

Literatur

U. von Alemann, Organisierte Interessen in der Bundesrepublik, Leske + Budrich, Opladen 1987

W. Besson/G. Jasper, Das Leitbild der modernen Demokratie. Bauelemente einer freiheitlichen Staatsordnung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 300, Bonn 1990

W. Breuer, Partizipation im Parteienstaat, Sozialwissenschaften Heft 14, F. Schöningh Verlag, Paderborn 1989

Deutsches Institut für Fernstudien (Hg.), Funkkolleg Politik, Studienbegleitbrief 5, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1986

R. Hamann, Politische Sozialisation, Sozialwissenschaften Heft 16, F. Schöningh Verlag, Paderborn 1989

C. Graf von Krockow/P. Lösche, Parteien in der Krise, Beck'sche Schwarze Reihe, Band 313, München 1986

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.), Politik und Unterricht: Parteien, Nr. 1 Stuttgart 1983

H. Meyn, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, Colloquium-Verlag, überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Berlin 1990

R. Roth/D. Rucht (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Campus Verlag, Frankfurt a.M. 1987

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament":

- U. von Alemann, Der Wandel organisierter Interessen in der Bundesrepublik, 49/1985
- K. von Beyme, Neue soziale Bewegungen und politische Parteien, 44/1986
- D. Blumenwitz, Wie offen ist die Verfassungsfrage nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands?, 49/1991
- T. Ewers, Volkssouveränität im Verfahren. Zur Verfassungsdiskussion über direkte Demokratie, 23/1991
- H. Fogt, Die Mandatsträger der Grünen. Zur sozialen und politischen Herkunft der alternativen Parteielite, 11/1986

Politik 11

- B.M.Malunat, Umweltpolitik im Spiegel der Parteiprogramme, 29/1987
- U. Margedant, Entwicklung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, 29/1987
- A. Mintzel, Großparteien im Parteienstaat der Bundesrepublik, 11/1989
- O. Niedermayer, Innerparteiliche Partizipation, 11/1989
- Th. Schmidt, Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der Grünen in die Reformpolitik, 11/1986
- R. Zippelius, Zur Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips in der Demokratie, 42/1987

Medien

"... bis zum Bundesverfassungsgericht!"
VHS, 20 min. (LPM 42 01334)

"Wer nicht wählt, wählt trotzdem."
Jungwähler vor der Entscheidung
VHS, 30 min. (LPM 42 0748)

"Asyl" (Zur Situation der Asylsuchenden)
VHS, 30 min. (LPM 42 40455)

"Abgeordnete im Deutschen Bundestag"
VHS, 17 min. (LPM 42 01335)

"Ein Film - Drei Texte"
VHS, 20 min. (LPM 42 00514)

Unterrichtseinheit 2

Sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland

Zeitvorschlag

13 Stunden

Groblernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Wandel und Vielfalt der Gesellschaft darstellen können,
- verschiedene Erklärungsmöglichkeiten der Gesellschaft kennen und dazu Stellung nehmen können,
- soziale Ungleichheiten und deren Folgen kennen und das Problem des sozialen Ausgleichs mit verschiedenen Lösungsansätzen diskutieren können,
- Möglichkeiten zur eigenen gesellschaftlichen Einordnung und zum Umgang mit gesellschaftlichen Gruppen kennen und beurteilen können.

Thema 1: Gesellschaft im Umbruch

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- einige Schwerpunkte in den neueren Veränderungen der Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland an Beispielen erarbeiten können,
- Probleme und Herausforderungen erkennen, die diese Veränderungen für Gesellschaft und Politik mit sich bringen.

Lerninhalte

Schwerpunkte in der Veränderung der Sozialstruktur

- Wandel im Bevölkerungsprozeß durch Geburtenrate und Einwanderungen
- Veränderungen der Haushalte und Familien
- Wandel im Bildungsbereich
- Änderungen in der Erwerbstätigkeit
- Anwachsen der Gruppen, die wohlfahrtsstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen
- neue Problemgruppen
- Entfaltung von Subkulturen

Beispiele für Probleme und Herausforderungen

- Auswirkungen auf das System sozialer Sicherung
- Rückzug der Familie (veränderte Rolle der Familie im sozialen System)
- multikulturelle Gesellschaft
- Verschiebungen der Berufsstruktur und alternative Formen der Erwerbstätigkeit
- Pluralisierung der Lebensweisen/Lebensstile
- neue Armut, neue soziale Ungleichheiten

Didaktisch-methodische Hinweise

Es genügt, Veränderungen in der Sozialstruktur der letzten 20 - 30 Jahre (je nach gewählten Beispielen) phänomenologisch zu erarbeiten.

Der Einstieg kann z.B. mit einem Brainstorming unter der Frage "Was ist wichtig für die Kennzeichnung der Gesellschaft heute?" erfolgen.

Zu den einzelnen ausgewählten Veränderungsbereichen kann je ein konkretes Beispiel (Fall, Geschichte, Bericht) angeführt und dies mit Statistiken u.ä. generalisiert werden. Eventuell kann auch auf die Ursachen der Veränderungen eingegangen werden. Die Anknüpfung an das vorangegangene Thema "Neue soziale Bewegungen" aus Unterrichtseinheit 1 kann dabei hilfreich sein.

Es bietet sich an, in arbeitsteiliger Gruppenarbeit (zu je einem Schwerpunkt) vorzugehen oder durch vorbereitende Hausaufgaben etwa in Form von Kurzreferaten Einzelbereiche zu bearbeiten. Darstellungshilfen sind z.B. Diagramme, Bilder, Karikaturen, Vergleiche.

Die abgeleiteten Probleme/Herausforderungen, die als Grundlage und Leitlinien für die weiteren Themen der Unterrichtseinheit dienen können, können z.B. in einer Wandzeitung dargestellt und damit dauerhaft für die Unterrichtseinheit festgehalten werden.

Thema 2: Gesellschaftsmodelle

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- ein Modell zur Erklärung der Gesellschaftsstruktur nach dem Klassenansatz kennen und dabei Einblick in die zugrundeliegenden Wertentscheidungen und Interessen gewinnen,
- ein Modell zur Erklärung der Gesellschaftsstruktur nach dem Schicht- bzw. Statusansatz kennen und dabei Einblick in die zugrundeliegenden Wertentscheidungen und Interessen gewinnen,
- prüfen, inwieweit diese Modelle zur Erklärung der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur geeignet sind.

Lerninhalte

Gesellschaftsmodelle nach dem Klassenansatz

- Marxsche Theorie als Rahmen
- gemeinsame Elemente: Stellung zu Produktionsmitteln entscheidet über gesellschaftliche Position; Inhaber von Verfügungsgewalt über Produktionsmittel haben ökonomische Macht, die sich in politischer Macht äußern kann; wer keine Verfügungsgewalt über Produktionsmittel hat, ist eher in Abhängigkeit

Gesellschaftsmodelle nach dem Schicht- bzw. Statusansatz

- Modelle von z.B. Scheuch, Bolte, Moore/Kleining, Dahrendorf
- Begriffe: Position, Status, Schicht
- Unterscheidung mehrerer Schichten, die eine Sozialstruktur bilden, nach den Merkmalen z.B. Bildung, Beruf, Sozialprestige, Einkommen

Wertentscheidungen und Interessen, z.B.

- mehr Gleichheit durch Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln
- Akzeptieren sozialer Ungleichheit als Ausdruck einer Leistungsgesellschaft

Aussagewert der Modelle im Vergleich zur gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur, z.B.

- Modelle sind deterministisch
- Ergebnisse empirischer Untersuchungen
- neue Statuszuweisungsmechanismen
- keine Homogenität innerhalb einer sozialen Schicht
- neue Problemgruppen, die nicht in Modelle einzuordnen sind
- Pluralisierung von Lebensstilen/Lebensformen

Didaktisch-methodische Hinweise

Der Einstieg kann erfolgen mit der Auswertung vorbereitender Hausaufgaben aus dem Bereich des Geschichts- bzw. Religionsunterrichtes, z.B. mittelalterliche Ständegesellschaft oder indisches Kastenwesen.

Es bietet sich auch an, die in Thema 1 "Gesellschaft im Umbruch" möglicherweise gelernten Kennzeichen der Gesellschaft wie berufliche Stellung, Einkommen usw. zum Ausgangspunkt der Erarbeitung der Gesellschaftsmodelle zu nehmen.

Die Gesellschaftsmodelle können mit graphischen Darstellungen und kurzen ausgewählten Texten zur Kenntnis gebracht werden, so daß die zugrundeliegenden Interessen und Wertentscheidungen ableitbar sind.

Um zu zeigen, daß jeder an einem unausgedrückten Konsens über die soziale Schichtung unserer Gesellschaft teilnimmt, könnte hier der Versuch von Moore/Kleining zur sozialen Selbsteinschätzung nachvollzogen werden (Anleitung in dem Lehrbuch von Franz J. Behet u.a., Sozialwissenschaftliche Aspekte, S. 85 ff.)

Die Auswertung dieses Versuches könnte zugleich der Weg in die Prüfung des heutigen Erklärungswertes der dargestellten Gesellschaftsmodelle sein. Beispiel für die Überprüfung könnten aus Materialien von Unterrichtsthema 1 übernommen werden; Ansatzpunkte finden sich z.B. bei Friedrichsmeier, Soziale Ungleichheit, S. 67 ff. Die Überprüfung kann zumindest zeigen, daß Modelle zur Erklärung der Gesellschaft nur begrenzte Aussagekraft haben und durch empirische Befunde, die andere gesellschaftliche Befindlichkeiten wie soziale Lage und Milieu erfassen, ergänzt werden müßten.

Thema 3: Soziale Lagen und soziale Milieus

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- soziale Lagen und soziale Milieus und die Bestimmungsgründe für die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus an Beispielen verstehen und darlegen können,
- erkennen, daß Schichten- bzw. Klassenmodelle durch Analysen sozialer Lagen und Milieus weiterentwickelt werden,
- die Bedeutung von sozialen Lagen und Milieus und die Auswirkungen für den einzelnen und für Gruppen in der Gesellschaft erkennen.

Lerninhalte

Begriffe und Grundkategorien

- Sozialstruktur
- soziale Lage
- soziales Milieu
- Indikatoren sozialer Lagen
- Vergleich sozialer Lagen
- Indikatoren sozialer Milieus
- Vergleich sozialer Milieus

Bedeutung sozialer Lagen und Milieus und Auswirkungen für die Gesellschaft

- relative Unabhängigkeit des sozialen Milieus von Schichtspezifika
- Milieus (z.B. Kleinbürgerliches Milieu, Aufstiegsorientiertes Milieu, Hedonistisches Milieu) und die Zuordnung zu sozialen Schichten
- unterschiedliche Wertorientierungen und Lebensstile
- Zuordnung zu sozialen Lagen und Milieus (Beispiele, Selbsteinschätzung)
- Chancen und Chancenlosigkeit in der Gesellschaft aufgrund von bestimmten sozialen Lagen und Milieus
- Wechsel der gesellschaftlichen Einordnung nach Wechsel des Milieus (z.B. neue Lebensphasen)
- freiwillige Zugehörigkeit zu einem Milieu als wichtiger Bestimmungsgrund alltäglichen Handelns

Didaktisch-methodische Hinweise

Geeignet ist der Ansatz, den Wolfgang Zapf in "Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der BRD" beschreibt (in: W. Weidenfeld/H. Zimmermann, Deutschland-Handbuch, S. 111-117).

Damit Schülerinnen und Schüler die Begriffe "soziale Lagen" und "soziale Milieus" verstehen, können sie z.B. die Bevölkerung der Bundesrepublik in soziale Lagen, die durch gemeinsame Merkmale, z.B. Erwerbstätigkeit, Bildung, Geschlecht, Alter, gekennzeichnet sind, einteilen und sie nach objektiven und subjektiven Wohlfahrtsindikatoren aufschlüsseln.

Hilfreich sind sowohl Texte als auch schematische Darstellungen bei S. Hradil, Epochaler Umbruch oder ganz normaler Wandel?, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Umbrüche in der Industriegesellschaft und ders., Lebenslagenanalysen in der Bundesrepublik Deutschland, in: H. Timmermann (Hg.), Lebenslagen.

Da die Wahlforschung (und Forschungen im Bereich der Werbung) Ansatzpunkt für die Milieuforschung war, sind von diesem Ansatz her die Inhalte dieses Unterrichtsthemas zu erschließen. Konkretisierungen sind jeweils mit Fallbeispielen möglich.

Thema 4: Soziale Ungleichheiten

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Arten sozialer Ungleichheiten und deren Indikatoren an Beispielen erarbeiten,
- Benachteiligungen von Personen und Gruppen kennen, sie in Gesellschaftsstrukturen einordnen und die Gründe für die Benachteiligung darlegen können.

Lerninhalte

Beispiele für Arten sozialer Ungleichheit

- Ungleichheit der materiellen Möglichkeiten
- Ungleichheit der sozialen Sicherheit
- Ungleichheit der Arbeitsbedingungen
- Ungleichheit der Partizipationsmöglichkeiten an Machtausübung
- Ungleichheit der Wohnraumverteilung
- Ungleichheit der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten

Chancenungleichheit als Ergebnis sozialer Ungleichheiten im Bereich von z.B.

- Machtpartizipation
- Erwerbstätigkeit
- vertikale und horizontale Mobilität

Gründe für Benachteiligung, z.B.

- Leistungsprinzip als Rechtfertigung sozialer Ungleichheit
- Traditionen als Rechtfertigung sozialer Ungleichheit
- Rechtsnormen (Regelungen im Rentenrecht, Wehrpflicht u.a.)

Didaktisch-methodische Hinweise

Die politische Analyse der sozialen Ungleichheiten könnte auf der möglichen Erfahrungsumwelt der Schüler beruhen (z.B. Freizeitverhalten, Wohnraumsituation).

Folgende Themenbereiche, an denen Benachteiligungen erarbeitet werden können, bieten sich an: Chancenungleichheiten im Bildungswesen, im Zugang zu beruflichen Karrieren, bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen z.B. vor Gericht. Dabei können auch in der Gesellschaft verbreitete Werthierarchien (z.B. "oben" - "unten", "höher" - "tiefer", "fleißig" - "faul") berücksichtigt werden.

Von daher kann auch das Problem des Wertewandels aufgezeigt und diskutiert werden. Dabei kann - im Rückgriff auf Thema 1 - eine umfassende Begriffsklärung für "sozialen Wandel" erfolgen.

Die Arten sozialer Ungleichheiten können gerade auch unter dem Aspekt geschlechtsspezifischer Unterschiede erarbeitet und erörtert werden: z.B. die Ungleichheit der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten, der sozialen Sicherheit von Frauen und Männern u.a.

Thema 5: Sozialer Ausgleich als gesellschaftliches Problem

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- erkennen, daß gesellschaftliche Ungleichheit Gegenstand politischer Auseinandersetzung ist,
- an Beispielen die Ambivalenz gesellschaftlicher und staatlicher Instrumente zur Aufrechterhaltung oder zum Abbau sozialer Unterschiede darlegen können,
- die Bedeutung des sozialen Ausgleichs oder der sozialen Ungleichheit für Erhalt und Funktionieren der Gesellschaft diskutieren können.

Lerninhalte

Aussagen gesellschaftlicher Gruppen, Parteien, Kirchen u.a. zu Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit und deren Überwindung

Beispiele gesellschaftlicher und staatlicher Instrumente zum Abbau oder zur Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheit

- staatlich z.B.: BaföG, Arbeitsförderungsgesetz, Wohngeld
- gesellschaftlich z.B.: Streik und Aussperrung, Mitbestimmung, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen

Aspekte zur Diskussion über sozialen Ausgleich, z.B.

- Leistungsprinzip als Rechtfertigung sozialer Ungleichheit fördert Entwicklung der Gesellschaft
- Forderung nach sozialer Gerechtigkeit
- Wohlfahrtsstaat oder Sozialstaat

Didaktisch-methodische Hinweise

Die Schülerinnen und Schüler sollen möglichst frühzeitig (spätestens zu Beginn der Unterrichtseinheit 2) Material zu Thema 5 sammeln. Programme, Stellungnahmen, Tätigkeitsberichte von Parteien, Organisationen, Kirchen usw., aber auch theoretische Texte (z.B. auch Sozialenzykliken) können ausgewertet und in einer Synopse dargestellt werden.

Aus diesen Belegen kann dann erarbeitet werden, daß die gewählten staatlichen oder gesellschaftlichen Instrumente soziale Ungleichheit sowohl abbauen als auch festschreiben können.

Von der Thematik her ist es naheliegend, mit Alternativen zu arbeiten und entsprechende Methoden wie Debatte, Pro- und Contra-Diskussion u.ä. einzusetzen.

Unterrichtseinheit 3

Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland

Zeitvorschlag

15 Stunden

Groblernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- die Bundesrepublik Deutschland im Geflecht internationaler Beziehungen charakterisieren können,
- die Verflechtung der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit dem Welthandel sowie wichtige Begriffe und Zusammenhänge der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kennenlernen,
- die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft erläutern können.

Thema 1: Die Bundesrepublik Deutschland im Geflecht internationaler Beziehungen

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Grundzüge der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Verhältnis aufzeigen können,
- wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland Mitglied in bedeutenden internationalen und supranationalen Organisationen ist, und an einem Beispiel Auswirkungen dieser Mitgliedschaft auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland darlegen können,
- anhand aktueller Materialien Auswirkungen der Beendigung des Kalten Krieges und der Umgestaltungen in Europa auf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland erarbeiten können.

Lerninhalte

Grundzüge der Außenpolitik

- Westintegration unter sicherheitspolitischen und wirtschaftspolitischen Aspekten (Mitgliedschaft in NATO und EG)
- Politik des Konfrontationsabbaus zwischen Ost und West
- Ostpolitik (Wandel durch Annäherung, Ostverträge)

Beispiele für Mitgliedschaft in internationalen und supranationalen Organisationen und Auswirkungen

- als Mitglied der UNO Beteiligung an UNO-Aktionen
- als Mitglied der EG Abgabe von Souveränitätsrechten

Mögliche Aspekte der Auswirkungen der Umgestaltungen in Europa auf die deutsche Außenpolitik

- vollständige außenpolitische Souveränität durch 2+4-Vertrag
- vereinigtes Deutschland in der EG
- Beitrag zum Aufbau in Osteuropa
- Gestaltung der äußeren Sicherheit

Didaktisch-methodische Hinweise

Eine systematische Erarbeitung von Phasen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist nicht vorgesehen; es soll vielmehr die Einsicht gewonnen werden, daß außenpolitische Entscheidungen durch die internationalen Konstellationen nach dem 2. Weltkrieg bestimmt waren.

Bei Lernziel 3 kann je nach Aktualität ein Aspekt ausgewählt werden.

Es ist darauf zu achten, daß bei Thema 1 noch nichts von Thema 4 vorweggenommen wird bzw. daß Thema 4 nur vorbereitet wird.

Thema 2: Außenwirtschaftliche Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- anhand von Statistiken und Graphiken den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland analysieren können,
- unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen und Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland die Expansion des Außenhandels erklären können,
- am Beispiel des Verhältnisses DM - Dollar und des EWS Auswirkungen flexibler und fester Wechselkurse auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland erläutern können,
- an Beispielen mögliche Vorteile und Nachteile des Außenhandels für die Bundesrepublik Deutschland herleiten und begründen können.

Lerninhalte

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

- Anteile am Handel mit Industrieländern, EG-Ländern, Entwicklungsländern und ehemaligen Staatshandelsländern
- Schwerpunkte des Imports und Exports von Waren und Dienstleistungen

Wirtschaftliche Interessen, Gründe für die Expansion des Außenhandels

- Entwicklung zu einem wirtschaftlich und sozial leistungsfähigen Industriestaat
- Erwirtschaftung von Devisen durch Exporte, um die für ein rohstoffarmes Land notwendigen Importe zu bezahlen

Wechselkurse

- Auswirkungen von Wechselkursschwankungen am Beispiel DM/Dollar auf Importe und Exporte, z.B. Verteuerung bzw. Verbilligung von Waren und Dienstleistungen
- Auswirkungen relativ fester Wechselkurse im EWS, z.B. sichere Rechnungsgrundlage für Importeure und Exporteure

Mögliche Vorteile des Außenhandels

- Beschäftigungs- und Wachstumsmöglichkeiten in den Exportbranchen
- Importe erlauben es einem rohstoffarmen Land, eine hochentwickelte Industrie aufzubauen

Mögliche Nachteile des Außenhandels

- Schrumpfungseffekt infolge Importkonkurrenz, Gefahr struktureller Arbeitslosigkeit
- Gefahr für die Sicherheit der Versorgung eines Landes bei hoher Importabhängigkeit von Rohstoffen (z.B. Erdöl)

Didaktisch-methodische Hinweise

Aktuelle Statistiken und Graphiken findet man außer in Zeitungen u.a. in Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Wirtschaft, der Sparkassen und Banken und in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank (alle kostenlos zu beziehen).

Bei Lernziel 3 lassen sich Verbindungen zu Thema 3 herstellen. Lernziel 3 ist geeignet, den in Klasse 10 behandelten Marktmechanismus zu wiederholen. Eine detaillierte Beschäftigung mit dem EWS ist im Rahmen von Thema 2 nicht vorgesehen (vgl. Vorbemerkung).

Als Beispiel für Schrumpfungseffekte kann der Strukturwandel an der Saar dienen (Literaturhinweis: Saar-Memorandum 1986, hg. von der Regierung des Saarlandes).

Thema 3: Außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenpolitik

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- erkennen, daß außenwirtschaftliche Beziehungen auch Instrument der Außenpolitik sind,
- begründen können, inwiefern außenwirtschaftliche Beziehungen friedensfördernd oder friedensgefährdend sein können.

Lerninhalte

Außenwirtschaftspolitik als Instrument der Außenpolitik, z.B.

- Wirtschaftssanktionen
- Exportbeschränkungen bei "sensiblen" Waren
- staatliche Risikoübernahme bei Krediten an andere Länder
- Verhältnis der Bundesrepublik zu arabischen Staaten vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von Erdöllieferungen
- Kriterien für die Vergabe staatlicher Entwicklungshilfe

Beispiele für friedensfördernde Wirkung des Außenhandels

- Schuman-Plan
- wirtschaftliche Zusammenarbeit im Saar-Lor-Lux-Raum
- innerdeutscher Handel (bis 1990)
- Osthandel in der Zeit des Kalten Krieges

Beispiele für friedensgefährdende Wirkung des Außenhandels

- Waffenhandel
- "Handelskriege"
- Ungleichheit der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern

Didaktisch-methodische Hinweise

Es genügt, den Zusammenhang zwischen Außenhandel und Außenpolitik an einem der in den Lerninhalten genannten Beispiele aufzuzeigen.

Dabei kann verdeutlicht werden, daß mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes sicherheitspolitische Fragestellungen gegenüber außenwirtschaftspolitischen an Bedeutung verloren haben.

Aufschlußreich in Bezug auf die friedensgefährdende Wirkung des Außenhandels können Begriffe und Redewendungen in der Berichterstattung der Medien sein, z.B. Handelskriege, Kampf um Absatzmärkte, Strategien zur Eroberung neuer Märkte.

Thema 4: Die Bundesrepublik Deutschland in der EG

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- mit Hilfe von Statistiken die Anteile des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland mit EG-Ländern erarbeiten und die wirtschaftliche Verflechtung darlegen können,
- an Entscheidungen der EG-Organen erkennen, daß die Bundesrepublik Deutschland Souveränitätsrechte an die EG abgegeben hat,

Lerninhalte

Wirtschaftsbeziehungen mit EG-Ländern

- Exporte in EG-Länder
- Importe aus EG-Ländern
- Beispiele aus dem Gemeinsamen Markt

EG-Organen und Souveränität

- Beispiele für Souveränitätseinschränkungen (nationale Gesetzeskraft der Verordnungen des Ministerrates; Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes bindend für nationale Gerichte)
- Aufgaben der Kommission, des Ministerrates, des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gerichtshofes

Didaktisch-methodische Hinweise

Als Einstieg ist der Film "Europa - warum?" (LPM 42 40244) geeignet.

Außer den bei Thema 2 genannten Stellen bieten die Bundeszentrale für politische Bildung und das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft OP4-4, L-2985 Luxemburg) Zahlenmaterial an, das im Unterricht ausgewertet werden kann.

Die Institution der EG und ihre Aufgaben sollten nur soweit behandelt werden, wie es zum Verständnis der Beispiele für EG-Entscheidungen notwendig ist.

Literatur

W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1983

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Europäische Themen im Unterricht, Schriftenreihe Band 254, Bonn 1987

Deutsches Institut für Fernstudien (Hg.):

- J. Altmann, Internationale Arbeitsteilung und Weltwirtschaft, Tübingen 1988
- M. Bolle, Grammatik Volkswirtschaft, Tübingen 1985
- G. Elsholz, Weltwährungsbeziehungen, Tübingen 1984

P. Czada u.a., Wirtschaftspolitik, Aktuelle Problemfelder, Leske + Budrich, Opladen 1988

H. Glismann u.a., Weltwirtschaftslehre, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1980

H.-A. Jacobsen, Die Bundeswehr der neunziger Jahre vor neuen Herausforderungen, Versuch einer Zwischenbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1991

V. Nitschke/F. Sandmann (Hg.), Handbuch für den politischen Unterricht, Metzler Verlag, Stuttgart 1987

V. Rittberger, Die Bundesrepublik Deutschland - eine Weltmacht? Außenpolitik nach 40 Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/1990

W. Sander, Europäische Politik - ein Problemaufriß, Metzler Verlag, Stuttgart 1986

M. Staack, Die Außenpolitik der Bundesrepublik auf dem Weg in ein neues Europa. Westintegration und Ostpolitik unter veränderten Bedingungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/1990

W. Weidenfeld/ H. Zimmermann (Hg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949 - 1989, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 275, Bonn 1989

W. Weidenfeld/W. Wessels, Europa von A - Z, Taschenbuch der europäischen Integration. Europa-Union Verlag, Bonn 1991

Medien

"Politik für den Frieden - 40 Jahre deutsche Außenpolitik. Eine Bilanz in Bildern"

VHS, 30 min. (LPM 42 4033)

"ECU - Die Währung für Europa"

VHS, 16 min. (LPM 42 40232)

"Europa - warum?"

VHS, 25 min. (LPM 42 40244)

"Europäischer Binnenmarkt 1992 - Die Chance der Unternehmer"

VHS, 7 min. (LPM 42 40234)

